

Tilman Sutter

Folgen gesellschaftlicher Differenzierung: Normativismus, Subjektivismus, Schlichtung »Stuttgart 21«

Die Anlage der breit angelegten Untersuchung von Kurt Imhof zur Krise bzw. zum neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit ist nicht zuletzt aus mediensoziologischer Sicht zu begrüßen: Genuin soziologische, d.h. in fundierte Gesellschaftsanalysen eingebettete Untersuchungen des Mediensystems in Beziehung zu anderen gesellschaftlichen Bereichen sind eher rar. Nur auf diesem Wege können jedoch die meist kurzatmigen und oberflächlichen Medienkritiken vertieft begründet werden. Das vorliegende Werk hat hier einiges zu bieten, wenn auch in eher schwer verdaulicher Form: Es bleibt abzuwarten, wie viele Leser sich in unserem beschleunigten Wissenschaftsbetrieb bereitfinden, einem derart speziellen und anspruchsvollen Jargon zu folgen, wie er in diesem Buch gepflegt wird. Das überaus scharfe Profil der kritischen Analysen gesellschaftlicher Entwicklungen und des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit ist eine weitere Besonderheit des Buches. Die folgenden, im Hinblick auf das weit ausgreifende Werk höchst selektiven Bemerkungen diskutieren in einem allgemeinen methodologischen Rahmen sowie vornehmlich aus medienanalytischer Sicht mögliche Folgen funktionaler Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft: Sie kommen als Probleme normativ angelegter Gesellschaftsanalysen in den Blick (2). Dieser Problemzusammenhang wird im Hinblick auf Deliberation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Integration bzw. Inklusion und Legitimationsanforderungen am Beispiel »Schlichtung Stuttgart 21« konkret erörtert (3). Ob man, wie im vorliegenden Band, »Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels« ohne Berücksichtigung neuer internetgestützter Formen der Kommunikation untersuchen kann, welche Bedeutung mithin die rasch fortschreitende Differenzierung des Mediensystems hat, wird in einem weiteren Abschnitt diskutiert (4).

1

Doch zunächst möchte ich nachdrücklich Zustimmung zu Imhofs überzeugenden Analysen zum Ausdruck bringen, mit denen Symptome des neuen Strukturwandels bzw. der Krise der Öffentlichkeit untersucht werden, wie sie sich in den massenmedialen Inszenierungen zeigen und mehr und mehr als Modell den Kommunikationen anderer Bereiche der Gesellschaft, insbesondere der politischen Kommunikation aufzwingen (vgl. insb. 124ff.). Das im Zusammenspiel der zentralen gesellschaftlichen »Handlungssysteme« (zu diesem zentralen Begriff wären einige Explikationen wünschenswert gewesen)

der Ökonomie, der Politik und der Medien problematisch gewordene Projekt der Modernen wird durch die zunehmend einflussreiche *Eigenlogik der Massenmedien* herausgefordert. Die normativen Grundlagen der modernen Gesellschaft, die durch Maßgaben wie Deliberation, Partizipation, Legitimation und Sozialintegration gelegt werden, geraten durch die massenmediale Inszenierungslogik unter Druck. Diese setzt mehr und mehr die Nachrichtenwerte und die Attraktivität der Unterhaltungsformate durch: Formen der Inszenierung, der Emotionalisierung, der Personalisierung, der Skandalisierung sowie der »Empörungsbewirtschaftung« (126). Nicht mehr das argumentativ bestreitbare sachlich Wahre und normativ Richtige, sondern die subjektiv versicherte und Personen zugewiesene Glaubwürdigkeit tritt in den Vordergrund.

Die zunehmende Selbstbezüglichkeit der Massenmedien und die Tendenz hin zu *subjektivistischen Deutungskategorien* und ihre Auswirkungen lassen sich auf vielfache Weise bestätigen: Wenn man z.B. als Mediensoziologe mit der Vermutung konfrontiert wird, dass man doch sicherlich in gesteigertem Maße am massenmedialen Geschehen teilnimmt, so wird man geltend machen, dass man gerade als Beobachter der Medien hier eine große Skepsis und Zurückhaltung pflegt. Interessant und relevant für die Massenmedien ist man keinesfalls als Wissenschaftler, sondern als wissenschaftlicher Experte, der die Formate pointierter, unterhaltsamer Information und Stellungnahme erfüllt (vgl. Bourdieu 1998). Man ist, noch bevor man den Mund aufmacht, »Staffage« im Medienbetrieb: Diesen zutreffenden Begriff hat Ulrich Oevermann (1983) in seinen Analysen der Selbstinszenierungslogik des Fernsehens geprägt. Merkmale der Selbstinszenierungslogik wie Personalisierung, Moralisation, Pseudo-Vergemeinschaftung oder Pseudo-Authentizität zeigen die gesteigerte Selbstreferenz der Massenmedien. (Verweise auf diese Analysen kommen bei Imhof erstaunlicherweise nicht vor, obwohl sie für seine Untersuchung höchst einschlägig sind.) Statt sich durch sachgerechte Information und Aufklärung an der Herstellung einer autonomen Öffentlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft zu beteiligen, stellen sich Medien und Medienakteure selbst in den Mittelpunkt der Sendungen. Wie schon Adornos, Habermas' und Oevermanns Medienanalysen durchbrechen Imhofs Analysen des massenmedial gestützten neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit die inhaltliche Oberfläche der Medienangebote und setzen statt auf Inhaltsanalysen auf die Rekonstruktion der Strukturlogik massenmedial verbreiteter Kommunikation.

Wenn sich mit der Medienlogik zugleich die Tendenz durchsetzt, alles auf andere Personen und die eigene Person zu beziehen, werden, wie Imhof detailliert zeigt, Authentizität und Wahrhaftigkeit zu zentralen Grundlagen. Dieser Befund ist aus ganz unterschiedlichen Perspektiven erhoben worden. Niklas Luhmann (1986) hat dies am Modus der Angstkommunikation in Prozessen der ökologischen Kommunikation gezeigt. Die Differenz von Norm und Normabweichung trägt immer weniger eine normativ abgestützte Sinngebung: hier wird Angst zum funktionalen Äquivalent. Diese Funktion vermag Angst deshalb zu erfüllen, weil sie diskursiv nicht bestritten werden kann. Gerade weil Angst (wie überhaupt persönliche Befindlichkeiten) schlecht bestritten werden kann, trägt sie sich selbst und lässt sich von den Funktionssystemen nicht wegregulieren. Die Unsicherheit komplexer Sachlagen wird in die Gewissheit der Angst überführt. Dieses Moment einer selbsttragenden Authentizität taucht auch in massenmedial

gestützten Kampagnen auf, die weniger auf normative Maßgaben und mehr auf subjektive Erlebnisqualitäten abheben (vgl. Baringhorst 1998). Man kann hier eine verbindende Linie sehen, auf der auch Imhofs Analysen liegen: »Die Schwierigkeit, Wahrhaftigkeit jenseits unserer personalen Netzwerke bewerten zu können, kann auf der Ebene medienvermittelter Massenkommunikation durch eine affektuelle Zuschreibung von Authentizität gelöst werden« (83). Allgemein lässt sich festhalten, dass ein sich ausbreitender (moralischer) Subjektivismus, der Folge der funktionalen Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft ist, die Grundlagen der Deutung gesellschaftlicher Verhältnisse, der subjektiven Selbstausslegung und einer sinnhaften Lebensführung prekär werden lässt.

2

Die entscheidende Frage ist nun allerdings, wie diese Befunde zu deuten sind. Imhof, und dies ist sicherlich ein Ansatzpunkt für grundlegende Einwände, verfolgt auf der Linie einer kritischen Gesellschaftstheorie ein *normatives Verfahren*, das Pathologien einer durch massenmediale Inszenierungs- und Präsentationsstrategien geprägten Öffentlichkeit diagnostiziert. Der Normativismus wird dabei *methodologisch* doch recht knapp und umstandslos mit der Begründung gesetzt, die der Gesellschaft bzw. dem Sozialen schon inhärenten Normen seien sowohl theoretisch als auch empirisch zu berücksichtigen (hierzu v.a. 86f., Fn. 150). Man könnte natürlich darauf verweisen, dass die entsprechenden Auseinandersetzungen um normativ oder aber nicht-normativ angelegte Gesellschaftsanalysen bereits vor längerer Zeit hinreichend geführt wurden. Das hilft aber nicht weiter: Denn es wird nicht klar, wie man den *Folgen gesellschaftlicher Ausdifferenzierung* bekommen will, wenn man Krisensymptome bzw. Pathologien der Öffentlichkeit durch bewertende Vergleiche mit normativ begründeten Funktionen und Leistungen der Öffentlichkeit herausarbeitet. Methodologisch muss man der normativ angelegten Perspektive eine Gewissheit zuschreiben, die an der funktionalen Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft gerade keinen Anhalt mehr findet. Hierbei, das sei vorsorglich notiert, sind, wie Imhof zu Recht durchweg argumentiert, andere Formen der segmentären und stratifikatorischen Differenzierung in unserer Gesellschaft zu berücksichtigen. Den Folgen der funktionalen Ausdifferenzierung kann dadurch jedoch nicht ausgewichen werden, da die funktionale Differenzierung die dominante Form gesellschaftlicher Differenzierung bildet (vgl. Schimank 1996; wir kommen nochmals darauf zurück). Überlegene Beobachterpositionen, und seien sie normativ ausgezeichnet, sind daher nicht länger möglich. Die Analysen Imhofs, deren deskriptivem und strukturanalytischem Gehalt in vielen Punkten zugestimmt werden kann, stellen sich methodologisch nicht auf der Höhe funktional ausdifferenzierter Verhältnisse dar.

Zunächst setzen Imhofs Analysen ganz richtig an der Rückverwiesenheit der Moderne auf sich selbst an. Rückverwiesenheit auf sich selbst bedeutet, dass alle den Subjekten äußerlichen Anhaltspunkte für Sinn, Geist und Moral aufgelöst sind. In allen Bereichen der Welt- und Selbstausslegung werden die Fundamente unsicher und geraten ins

Wanken. Das gilt auch für die Sozialwissenschaften in der modernen Gesellschaft, auch sie sind auf sich selbst verwiesen, wenn sie die Bedingungen und Möglichkeiten wissenschaftlicher Erkenntnisse reflektieren. »Diese fundamentale Sinnbedürftigkeit der Moderne ist die Voraussetzung einer Theorie des sozialen Wandels und der Öffentlichkeit« (15). In der gesellschaftlichen Verarbeitung dieser Rückverwiesenheit der Moderne auf sich selbst spielen die Möglichkeiten und Leistungen der Öffentlichkeit eine zentrale Rolle. In vorliegenden sozialwissenschaftlichen Analysen dieser Zusammenhänge sieht Imhof (16f.) unter anderem das Defizit eines funktionalistischen Reduktionismus, der die »Auseinandersetzung mit der stratifikatorischen und segmentären Differenzierung« (17) vernachlässigt. Das betrifft dann Fragen der Nationalität und Transnationalität, sozialer Ungleichheit usw. Es soll hier nun nicht einem solchen Reduktionismus das Wort geredet werden (so der Vorwurf zu Recht erhoben werden kann), aber doch nochmals darauf verwiesen werden, dass funktionale Differenzierung die dominante Differenzierungsform der modernen Gesellschaft bildet. Deren Folgen lassen dann tatsächlich Zweifel an der »Steuerungsfähigkeit der modernen Gesellschaft« (21) und an Möglichkeiten normativ angelegter Analysen sozialen Wandels und moderner Öffentlichkeit aufkommen. Dem Vorwurf des Reduktionismus kann in diesem Sinne entgegengehalten werden, dass auch die Berücksichtigung unterschiedlicher Formen gesellschaftlicher Differenzierung vornehmlich mit den Folgen der dominanten Form funktionaler Differenzierung konfrontiert wird.

Einigkeit besteht also in der Diagnose verunsicherter Grundlagen der Erkenntnis und Deutung einer auf sich selbst rückverwiesenen Moderne, in Frage steht die Bedeutung der Verarbeitung dieser Verunsicherung allgemein und speziell in der massenmedial gestützten Öffentlichkeit. Wenn, wie oben kurz skizziert, normative zunehmend von personalisierten, emotionalisierten und subjektivistischen Deutungskategorien abgelöst werden, so reflektiert dies durchaus Veränderungen der funktional ausdifferenzierten Gesellschaft, deren Teilbereiche moralfrei operieren. Zwar können gesellschaftliche Prozesse jederzeit Moralisierung unterworfen werden – und in der öffentlichen Kommunikation geschieht dies laufend –, aber die gesellschaftlichen Teilbereiche selbst sind moralfrei organisiert. Moral liegt gewissermaßen quer zu den gesellschaftlichen Teilsystemen, d.h., die Teilsysteme können sich der moralischen Kommunikation bedienen, ohne aber im Modus moralischen Kommunizierens zu operieren (vgl. Luhmann 1989: 434). Nicht die Moral, sondern das Recht hat sich als ein eigenständiges gesellschaftliches Teilsystem normativer Regulationen entwickelt. Dieser Ablösung gesellschaftlicher Teilbereiche von der Moral korrespondiert ein zunehmend relativistisches und subjektivistisches Moralverständnis, mit dem die Subjekte in der modernen Gesellschaft ein zunehmend entmoralisiertes Verständnis von Sozialwelt ausbilden (vgl. hierzu Sutter 2003). Wie oben schon notiert muss unter diesen Bedingungen die normative Sinnggebung der eigenen Lebensführung in steigendem Maße auf unsichere Grundlagen gestellt werden. Man kann sicher – wie in den Analysen von Imhof – auf die Defizite und Gefahren eines subjektivistisch angelegten Kommunikationsmodus in Medien und Politik verweisen: Die Inszenierung von und der Kampf um Glaubwürdigkeit kann argumentative und moralische Notstände ja nicht beseitigen, sondern nur ausbalancie-

ren und in der Schwebelage halten – mit allen Risiken neuer Unsicherheiten (vgl. Sutter 2010: 106ff.). Aber der (moralische) Subjektivismus bietet gerade unter Bedingungen gesteigerter Risiken und Unsicherheiten einen Anhalt, indem er eine selbsttragende Antwort auf die Rückverwiesenheit der Subjekte auf sich selbst unter Bedingungen normativer Unsicherheit bereitstellt.

3

In einer normativ begründeten Sichtweise kommen die Symptome einer Krise der Öffentlichkeit als Defizite oder gar *Pathologien* zum Vorschein. Im Falle der massenmedial hergestellten Öffentlichkeit leistet diese nicht, was sie in Prozessen der Deliberation, der Legitimation, der Partizipation und der Integration bzw. der demokratisch gestützten Selbstregulation der modernen Gesellschaft leisten sollte. Welches, so muss man fragen, sind indessen nicht nur die normativ bewerteten und gewünschten, sondern die realistischere Weise zu erwartenden Leistungen der Massenmedien? Reicht es aus, unerwünschte und deshalb abgewertete gesellschaftliche Prozesse als Pathologien auszuzeichnen? Wir haben hierzu aus dem Bereich der massenmedial hergestellten, deliberativen Öffentlichkeit mittlerweile einen seltenen, vielleicht sogar einmaligen Beispielfall: die Übertragung der Schlichtungsgespräche »Stuttgart 21« zum Konflikt um den Stuttgarter Hauptbahnhof. Hier wollten die Medien einmal wirklich dem Auftrag einer ausführlichen und sachorientierten Dokumentation des Geschehens gerecht werden, indem sie tagelang und zunächst unter weitgehendem Verzicht auf (Selbst-)Inszenierungsstrategien die Schlichtungsgespräche übertrugen. Es geht also doch, möchte man mit Overmann sagen, der die massenmediale Selbstinszenierungslogik nicht durch technologische Rahmenbedingungen erzwungen sieht: die Massenmedien könnten, wenn sie nur wollten. Aber ach, es ging nicht lange gut, sie können es letztendlich eben doch nicht, weil sie den eigenen Zwängen der Erfolgsorientierung (nicht Aufklärung und Information, sondern Einschaltquoten) und Formatierung (Inszenierungsstrategien) ausgeliefert sind: Schon bald treten Experten und Journalisten ins Rampenlicht, die das Gesandete zusammenfassen, kommentieren und einordnen. Zum eigentlichen Sündenfall aber wird die offenbar unvermeidliche Personalisierung der Präsentation: hierzu eignet sich die herausgehobene Rolle des Leiters der Schlichtungsgespräche, Heiner Geißler. Schrittweise wird diese Figur zum Star stilisiert, auf den hin das Geschehen in unterhaltsamer Weise zugeschnitten werden kann.

Vor dem Hintergrund solcher Beobachtungen können wir uns rasch darauf einigen, welche strukturlogisch bestimmbareren Tendenzen sich in der öffentlichen Diskussion etablieren. Bei allem aber – und dies ist Konsequenz der funktionalen Differenzierung – bearbeiten und lösen die Funktionssysteme die Probleme der Beteiligung, Verhandlung, Legitimation und Entscheidung nach eigenen Maßgaben. Lässt sich das Fernsehen (und sei es in Spartenkanälen) nochmals auf solch ein Experiment ein? Nur schwerlich, und wenn doch, dann misstraut es sich selbst von Anfang an in der von außen zugemuteten Rolle, und es glaubt nicht an ein nur an Information und Aufklärung

interessiertes Publikum. Nicht viel anders die Politik: In der Schlichtung konnte nicht entschieden werden, ein Kompromiss zwischen den Gegnern war nicht möglich. Die Politik musste also ohnehin mit anderen Mitteln die Problemlösung suchen, und dies war eine Befragung und Entscheidung der Bürger. Sie lieferte die (recht brüchige) Legitimation bei nach wie vor unversöhnlichen Positionen von Gegnern und Befürwortern des Projekts.

Das führt zu der spannenden Frage, ob Legitimation durch Partizipation, Deliberation und gesellschaftliche Integration bzw. Inklusion grundlegend als *Problemlöseformel* anzulegen ist. Auf dieser Theorielinie liegen, wenn ich das recht sehe, die Analysen von Imhof. Wenn dann aber umgekehrt ein bestehender Legitimationsbedarf durch Öffentlichkeitsbeteiligung nicht gedeckt wird und sogar neue, verschärfte Konflikte entstehen, dann muss dies als Pathologie abgewertet werden (vgl. hierzu Bora 2005). Der Beispielfall »Schlichtung Stuttgart 21« zeigt, dass Partizipation durch Herstellung einer deliberativen Öffentlichkeit keine Problemlösung leistet, sondern Probleme weiterträgt oder gar neue Probleme schafft, also ein Mechanismus der *Problemerzeugung* sein kann: Teile der Gegner haben den Braten frühzeitig gerochen und kritisch nachgefragt, was eine »Schlichtung« bedeuten kann, die weder zur Kompromissbildung noch zur Entscheidung taugt, und letztlich die Teilnahme verweigert. Hier steht der Inklusionsmodus, also die Art und Weise der Einbindung und Beteiligung von Akteuren und Öffentlichkeit zur Debatte. Ganz zu Unrecht wurden die Verhandlungen um Stuttgart 21 als Schlichtung bezeichnet, hierzu gab es weder Mandat noch Möglichkeiten. (Darüber konnten auch die Pirouetten des »Schlichters« und Medienstars Heiner Geißler nicht hinwegtäuschen.) Es ging darum, dass einmal alles auf den Tisch kommt, und zwar in einer Weise, die für möglichst viele Adressaten zugänglich und verständlich ist: Gerade in dieser Hinsicht erscheint Heiner Geißlers Leitung der Verhandlungen vorbildlich, immer wieder ermahnte er Experten und Diskutanten, sich allgemein verständlich auszudrücken. Die Erwartungen der eingebundenen und beteiligten Akteure mussten jedoch, da sie doch deutlich höher gesteckt waren, enttäuscht werden. Richtet man von da aus den Blick auf die vielfältigen Arenen der Bürgerbeteiligung, so ist festzustellen, dass oftmals diese Beteiligungen als Scheinveranstaltungen ablaufen (oder doch als solche von den Bürgern gesehen und empfunden werden). Hier werden theoretische Vorstellungen der Steuerbarkeit gesellschaftlicher Prozesse relevant und empirisch überprüfbar: Bürgerbeteiligung wird nämlich von Verwaltungen, Unternehmen, Parteien usw. häufig als Eingriff wahrgenommen, der möglichst effektiv abzuwehren ist. Oder im Begriff der nicht-pathologischen Problemerzeugung: Öffentlichkeitsbeteiligung schafft neue Probleme, die verarbeitet werden müssen. Im Fall Stuttgart 21: Die Bahn hat bei einem ramponierten Image Mühe, den Forderungen nach Transparenz und Kontrolle nachzukommen bzw. diese Forderungen abzuwehren. Die Grünen sind mit einer enttäuschten Anhänger-schaft konfrontiert, die grün gewählt hat, um den Bahnhofsneubau zu verhindern, und nicht, um das Ergebnis einer Volksabstimmung umzusetzen.

Zusammenfassend betrachtet erscheint aus einer auf funktionale Differenzierung abstellenden Sicht das Bild einer sich selbst steuernden Gesellschaft auf Grundlage bestimmter Leistungen der Öffentlichkeit in Prozessen der Deliberation, Legitimation und

Integration nur schwer nachvollziehbar. Es bleibt der pauschale Eindruck einer gewissen Ambivalenz, von der die Erörterungen Imhofs durchzogen sind: Die hochgesteckten normativ begründeten Anforderungen an die demokratische Selbststeuerung der Gesellschaft führen zu scharfen Kritiken, die einen im Hinblick auf die Realisierbarkeit dieser Anforderungen recht ratlos zurücklassen. Prozesse der gesellschaftlichen Selbststeuerung verbleiben, wenn man die Folgen funktionaler Differenzierung ernst nimmt, im Rahmen der Binnenrationalität der Funktionssysteme. Es gibt also nicht »die Gesellschaft«, die sich selbst steuert oder gar lernt. Dann stellt sich die Frage, woran die Arbeit am Projekt der Moderne und »den Basisnormen des Öffentlichkeitsverständnisses der Aufklärungsbewegung« (289) ihren Anhalt finden kann.

4

Wenn man ein Buch vor sich hat, in dem »Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels« analysiert werden, wobei Prozesse des Medienwandels die Leistungen und Probleme einer gewandelten Öffentlichkeit ganz wesentlich mit bedingen, wird man sicher nicht erwarten, dass *neue Medien internetgestützter Kommunikation* so gut wie keine Rolle spielen. Man ist geradezu perplex, wenn es lediglich an einer Stelle heißt:

»Diese ernüchternde Analyse der politischen Öffentlichkeit und damit der demokratischen Selbstregulation in der weder nationalen noch postnationalen, aktuellen Moderne wird durch den Verweis auf die Partizipationsoffenheit der neuen Netzwerkmedien nicht dementiert. Auch sie unterliegen den Gesetzmäßigkeiten der Aufmerksamkeitsallokation im politischen Geltungsbereich einer immer noch nationalstaatlich strukturierten Demokratie.« (148)

Deshalb sind die Analysen im Modell herkömmlicher Massenmedien gehalten, was auch die Rollen der Medienakteure betrifft. Nun gibt es erst anfängliche Ansätze, neue Entwicklungen einer internetgestützten Öffentlichkeit und Veränderungen des Journalismus unter Internetbedingungen zu analysieren, wobei sich einstweilen mehr Fragen als Antworten abzeichnen (vgl. Neuberger 2009). Dennoch ist klar, dass Analysen zum Zusammenhang von Medien, Politik und Öffentlichkeit durch den aktuellen Medienwandel herausgefordert werden, soweit sie sich auf die Formen der Massenkommunikation beziehen. Hier ist ein tiefgreifender Wandel von einseitigen zu vernetzten Formen der Medienkommunikation zu verzeichnen. Ich würde nun keineswegs – im Hinblick auf eingangs Gesagtes selbstwidersprüchlich – argumentieren, dass Imhofs kritische Analysen der massenmedialen Inszenierungs- und Präsentationsstrategien zu revidieren seien, aber im Zusammenhang mit Prozessen der Mediendifferenzierung (vgl. Wehner 1997) dürfen neue Möglichkeiten internetgestützter (politischer) Öffentlichkeit nicht diesen Analysen subsumiert werden. Es geht aber auch nicht darum, dass das Internet die Regeln der Politik und der medialen Politikvermittlung grundlegend verändert: entsprechende Fehleinschätzungen sind unschwer dem krachenden Scheitern der

»Piraten« zu entnehmen. Politik kann nicht auf maximale Partizipation und Transparenz abgestellt werden, sie muss Meinungen bündeln, Selektionen vornehmen und Entscheidungen treffen. Es geht vielmehr darum, welche Möglichkeiten und Leistungen durch internetgestützte Kommunikationen zu den massenmedialen Leistungen hinzutreten.

Es waren kritische Medienanalysen wie Habermas' (1990) »Strukturwandel der Öffentlichkeit« die Probleme und Defizite der einseitigen Form der Massenmedien hervorgehoben haben, die wiederum das Publikum in eine passive, nur noch konsumierende Rolle drängen. Sie fungierten als Taktgeber geradezu euphorischer Erwartungen an die neuen Medien Ende des letzten Jahrhunderts: Durch rückkopplungsreiche, vernetzte Formen der neuen Medien sollte nun alles besser werden, das zuvor passiv konsumierende Publikum wird befreit und kann sich auf vielfältige Weise aktiv beteiligen. Hier ist mittlerweile eine heilsame Ernüchterung eingetreten, weil erkennbar ist, dass a) die moderne Gesellschaft auf die massenmediale Verbreitung von Kommunikation angewiesen ist, b) »interaktive« Formen neuer Medien diese Leistungen gerade nicht erbringen können, c) mithin eine wie auch immer geartete Ersetzung älterer Massenmedien durch neue Medien nur möglich wäre, wenn diese Leistungen massenmedialer Verbreitung von Kommunikation übernehmen und d) mithin eine Differenzierung, d.h. Ergänzung, älterer Massenmedien durch neue Medien zu erwarten ist. Es ist keineswegs ausgemacht, ob und wie neue Formen rückkopplungsreicher Medien neue Formen von (politischer) Öffentlichkeit ermöglichen. Können im Bereich medialer Vermittlungs- und Selektionsprozesse Leistungen des professionellen Journalismus zumindest teilweise auch durch partizipative Formen des Journalismus erbracht werden? Was leisten Blogs, Podcasts und Foren, wie findet man sich im Gewirr der »Blogosphäre« zu recht, was leisten hier neue technische Möglichkeiten etwa von Nachrichtensuchmaschinen? In Frage steht, welche neuen Formen von Anschlusskommunikation sich im Internet etablieren, ob die Vielzahl an Personen, die sich nun zu Wort melden können, auch gehört bzw. gelesen werden oder alles in einer wüsten Kakophonie endet. In Frage steht, ob sich neben massenmedialen Formen der Öffentlichkeit neuer Formen von Teilöffentlichkeit bilden, ob es nach wie vor ein breites Publikum gibt oder aber ein zunehmend fragmentiertes Publikum – mit anderen, neuen Risiken für die politische Kommunikation.

Richard Münch (1995) bezieht die massenmedial geprägte Dynamik gesellschaftlicher Kommunikation auf Darstellungszwänge, deren Auswüchse nur durch die Verbindung von öffentlicher Kommunikation und nichtöffentlichem Gespräch eingehegt werden können. Dabei bleibt aber unklar, wie das gelingen soll. Das Internet bietet hier leicht zugängliche Möglichkeiten diskursiver Anschlusskommunikation, die aufgrund der technischen Formatierung der Kommunikation auch im Internet jedoch nicht mit direkten Gesprächen verwechselt werden dürfen. Aber sie ergänzen die breit und eingehend kritisierte Logik und Dynamik massenmedial verbreiteter Kommunikation. Ich bin – wie andere auch – überaus skeptisch, im Internet einfach das demokratischere Medium zu sehen. Selbst wenn sich neue Möglichkeiten der Information und Diskussion abzeichnen: Technisch eröffnete Potenziale werden gerade im Internet nicht auch schon praktisch re-

alisiert. Aber künftige Analysen von Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels werden kaum von den Neuerungen internetgestützter Kommunikation absehen können.

Literatur

- Baringhorst, Sigrid (1998): *Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Über das Fernsehen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bora, Alfons (2005): »Partizipation« als politische Inklusionsformel«. In: Gusy, Christoph/Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.): *Inklusion und Partizipation. Politische Kommunikation im historischen Wandel*. Frankfurt/M./New York: Campus, S. 15-34.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Öffentlichkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1986): *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (1989): »Ethik als Reflexionstheorie der Moral«. In: ders.: *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*. Bd. 3. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 358-447.
- Münch, Richard (1995): *Dynamik der Kommunikationsgesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Neuberger, Christoph (2009): »Internet, Journalismus und Öffentlichkeit. Analyse des Medienumbruchs«. In: ders./Nürnbergg, Christian/Rischke, Melanie (Hg.): *Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung*. Wiesbaden: VS, S. 19-105.
- Oevermann, Ulrich (1983): »Zur Sache. Die Bedeutung von Adornos methodologischem Selbstverständnis für die Begründung einer materialen soziologischen Strukturanalyse«. In: von Friedeburg, Ludwig/Habermas, Jürgen (Hg.): *Adorno-Konferenz 1983*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 234-289.
- Schimank, Uwe (1996): *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung*. Opladen: Leske & Budrich.
- Sutter, Tilmann (2003): »Entmoralisierung und moralischer Subjektivismus. Reaktionen auf normative Verunsicherungen in der modernen Gesellschaft«. In: Psarros, Nikos/Stekeler-Weithofer, Pirmin/Vobruba, Georg (Hg.): *Die Entwicklung sozialer Wirklichkeit. Auseinandersetzungen mit der historisch-genetischen Theorie der Gesellschaft*. Weilerswist: Velbrück, S. 179-200.
- Sutter, Tilmann (2010): »Inszenierung von Glaubwürdigkeit. Zu einer Strategie der Kompensation moralischer Notstände in der politischen Kommunikation«. In: ders.: *Medienanalyse und Medienkritik. Forschungsfelder einer konstruktivistischen Soziologie der Medien*. Wiesbaden: VS, S. 106-110.
- Wehner, Josef (1997): »Interaktive Medien – Ende der Massenkommunikation?« In: *Zeitschrift für Soziologie* 26(2), S. 96-114.

Anschrift:

Prof. Dr. Tilmann Sutter
Fakultät für Soziologie
Universität Bielefeld
Postfach 100 131
D-33501 Bielefeld
tilmann.sutter@uni-bielefeld.de